

Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern

Beschluss des DGB-
Bundesjugendausschusses vom 16.9.2025

Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern

Beschluss des DGB-Bundesjugendausschusses vom 16.9.2025

Die DGB-Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“

Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.

Unsere Haltung bleibt klar: Die DGB-Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrrfassung lehnen wir ebenfalls ab. Es besteht die reale Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden.

Wir wollen eine Bundeswehr, die Verteidigungsarmee ist. Sie muss ausschließlich die Aufgabe haben, Deutschland und unsere Bündnispartner*innen zu schützen. Die DGB-Jugend positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von Jugendoffizier*innen und allgemein jeden Werbeversuche für die Bundeswehr an Schulen strikt ab. Junge Menschen, die dennoch freiwillig als Soldat*in in der Bundeswehr dienen möchten, müssen persönlich davon profitieren. Ihre berufliche Ausbildung muss während der Dienstzeit fortgesetzt oder gestärkt werden, bspw. durch die Weiterführung von begonnenen Ausbildung oder durch Weiterqualifizierung. Die persönliche Entwicklung als kritische*r Bürger*in in der Demokratie muss in den Fokus genommen werden. Die Bundeswehr soll ein demokratischer Ort frei von Diskriminierung sein. Soziale und politische Bildung müssen elementarer Teil des Dienstes sein.

Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu einer Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können. Doch ohne abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu geraten. So verstärkt selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit.

Zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Obwohl junge Menschen Wehr- und Pflichtdienste ablehnen, hat die Bundesregierung ein konkretes Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, um Wehrdienste vorzubereiten und schnell umsetzen zu können. Anlässlich des vorgelegten „Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes“ stellt die DGB-Jugend darüber hinaus klar:

- Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, mit Beschluss der Bundesregierung und Zustimmung des Bundestags die Wehrpflicht wieder in Kraft zu setzen. Die Möglichkeit für solch einen weitreichenden Eingriff in die Grundrechte junger Männer darf es nicht geben! Besonders kritisch ist, dass dies ohne die Beratungs- und Anhörungsrechte durchgeführt werden kann, die bei einem ordentlichen Gesetzgebungsprozess vorgesehen sind.
- Auch vorbereitende Maßnahmen bereiten am Ende nur eine Wehrpflicht vor. Verpflichtende Fragebögen, Musterungen und jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ab.